



Jeder Job zählt

Arbeitsmarkt. Länder wie Deutschland und Großbritannien haben einen relativ großen Niedriglohnsektor – und nicht zuletzt deshalb weniger Arbeitslose als andere Staaten. Im Umkehrschluss heißt das: Wer den Niedriglohnsektor zurückdrängt, riskiert Arbeitsplatzverluste.

Auch im vergangenen Jahr hat sich der deutsche Arbeitsmarkt positiv entwickelt – trotz eines nur mäßigen Wirtschaftswachstums:

1. Die Zahl der Arbeitslosen sank 2012 auf 2,9 Millionen, das ist der niedrigste Stand seit 1991.

- In den neuen Bundesländern sind heute weniger Menschen arbeitslos als unmittelbar nach der Wende – seinerzeit mussten viele ehemalige

Kombinate dichtmachen, weil sie sich nicht rentierten. Von 1991 bis zum Höchststand im Jahr 2003 war die Zahl der Arbeitslosen von 800.000 auf 1,3 Millionen gestiegen. Heute indes sind weniger als 700.000 Ostdeutsche ohne Job.

- In Westdeutschland war – mit wenigen Ausnahmen – die Arbeitslosigkeit zuletzt im Jahr 1982 deutlich niedriger als heute.

2. Die Zahl der Erwerbstätigen hat 2012 ein Allzeithoch erreicht. Mit 41,6 Millionen hatten noch nie so viele Menschen einen Job wie im vergangenen Jahr. Dabei wuchs vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die fast wieder den Stand von 1992 erreichte.

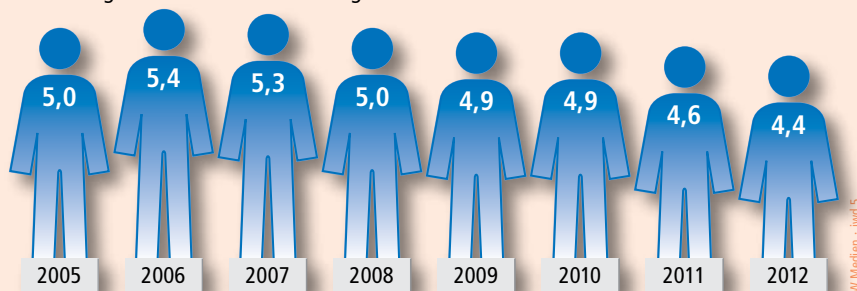
Insgesamt sind in den vergangenen zehn Jahren 1,4 Millionen neue Jobs entstanden; seit dem Beschäftigungstiefpunkt im Jahr 2005 hat die Zahl der Stellen um 2,7 Millionen zugelegt.

Von dieser Entwicklung haben auch Geringqualifizierte profitiert. Sie hatten es in den vergangenen Jahren besonders schwer, eine Anstellung zu finden, weil der technische Fortschritt manchen Arbeitsplatz gekostet hat und Unternehmen einfache Arbeiten zum Beispiel nach China oder Indien ausgelagert haben. Trotzdem gingen im Jahr 2011 rund 57 Prozent der 25- bis 64-Jährigen ohne Berufsausbildung arbeiten – zehn Jahre vorher waren es nur 53 Prozent.

Die verbesserten Berufschancen für Unqualifizierte, die größte →

Weniger Hartz-IV-Empfänger

Erwerbsfähige Bezieher von Arbeitslosengeld II in Millionen



Jahresdurchschnitte; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 5

Inhalt

Bildung. In der Gruppe der 35- bis 44-Jährigen gibt es mehr Bildungsaufsteiger als -absteiger. Das zeigt eine Studie des IW Köln.
Seite 3

Globale Investitionen. Im Jahr 2012 wurden weltweit gut 17 Billionen Dollar investiert. Dabei haben sich in den vergangenen Jahren die geografischen Schwerpunkte verschoben.
Seiten 4-5

Notenbanken. Die Weltkonjunktur hängt seit 2007 am Tropf der Zentralbanken. Die hohe Liquidität an den Märkten bringt die Weltwirtschaft in eine Abhängigkeit von billigem Geld.
Seite 6-7

Einkommenssteuer. Die FDP möchte die Steuerklasse V abschaffen. Allerdings können deren mögliche Nachteile bereits heute mit dem Faktorverfahren vermieden werden.
Seite 8

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Problemgruppe des Arbeitsmarktes, spiegeln sich auch in den Statistiken der Jobcenter wider. Seit 2006 geht die Zahl der erwerbsfähigen Empfänger von Arbeitslosengeld II zurück (Grafik Seite 1).

Vollbeschäftigung ist in Deutschland trotz aller Erfolge aber noch längst nicht erreicht. Denn dafür müsste die Arbeitslosenquote bei rund 4 Prozent liegen.

Um die Quote von derzeit 6,8 Prozent auf 4 Prozent zu senken, müsste mindestens eine weitere Million Arbeitslose einen Job finden.

Das ist nicht ganz einfach, denn zwei Drittel aller Arbeitslosen sind Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Zwar ist nicht jeder Hartz-IV-Empfänger geringqualifiziert. Aber der Anteil der Menschen ohne Berufsausbil-

dung ist in dieser Personengruppe mit 52 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei den anderen Arbeitslosen. Zudem gibt es in dieser Gruppe besonders viele Langzeitarbeitslose. Somit sind fehlende oder im Laufe langer Arbeitslosigkeit verloren gegangene Qualifikationen das Haupthindernis für die Wiedereingliederung in den Beruf.

Die naheliegende Konsequenz ist, durch Aus- und Weiterbildung die Qualifikationen zu verbessern. Das wird auch getan. Bei manchen Kandidaten nutzt aber selbst das nichts – sie schaffen einfach keinen Berufsabschluss. Ein gesunder Arbeitsmarkt muss daher auch Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte, also einfache Tätigkeiten, bereithalten.

Meist werden Arbeitskräfte, die keine oder die „falsche“ Ausbildung haben, jedoch schlecht bezahlt. Viele Politiker und Gewerkschaften wollen deshalb Mindeststandards für einfache und gering entlohnte Tätigkeiten setzen, etwa gesetzliche Mindestlöhne. Solche Maßnahmen mögen gut gemeint sein, würden aber das Kind mit dem Bade ausschütten. Denn gerade die niedrig bezahlten Jobs machten zuletzt einen erheblichen Teil des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs aus.

Von 1999 bis 2009 ist der Anteil der Geringverdiener an der Erwerbsbevölkerung von 10 auf 14 Prozent angestiegen.

Die Expansion des Niedriglohnssektors ging aber nicht zulasten der Normalverdiener. Deren Anteil an allen Beschäftigten ist von 1999 bis 2009 sogar von 46 auf 48 Prozent gestiegen. Gering entlohnte Arbeitsplätze sind vielmehr neue Arbeitsplätze – und zwar für Menschen, die zuvor kaum Aussicht auf einen Job hatten. Rückläufig war deshalb nicht die Zahl der normalen Jobs, sondern der Anteil der Inaktiven:

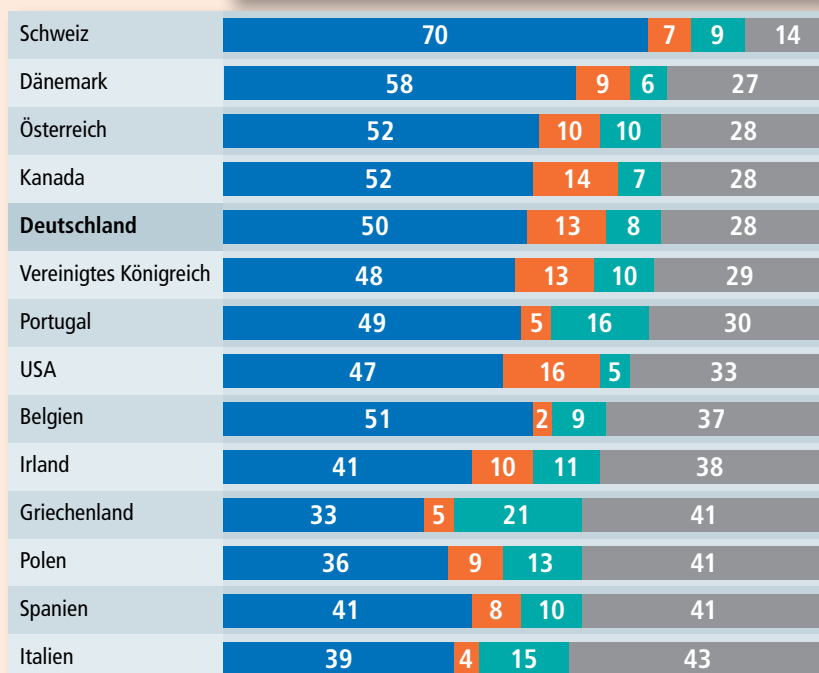
Arbeitslose, Frührentner und Nichterwerbstätige machen heute nur noch 26 Prozent der 15- bis 64-Jährigen aus, 1999 betrug ihr Anteil immerhin 32 Prozent.

Dass Jobs mit kleinem Salär helfen, die Arbeitslosigkeit in Schach zu halten, zeigt auch ein internationaler Vergleich. In Deutschland und Großbritannien z. B. trifft ein hoher Anteil an Niedriglohnbeschäftigten auf einen kleinen Anteil an Nichtbeschäftigten (Grafik). In den südeuropäischen Krisenländern ist der Niedriglohnsektor kleiner – aber diejenigen, die dort nicht beschäftigt sind, finden sich überwiegend im Kreis der Arbeitslosen wieder.

Arbeitsmarkt international: Großes Beschäftigungsgefälle


So viel Prozent der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren waren 2010 ...

- ... Normalverdiener
- ... Geringverdiener
- ... Selbstständige und mithelfende Familienangehörige
- ... nicht beschäftigt



Geringverdiener: Bruttostundenlohn von weniger als zwei Dritteln des Medians; Normalverdiener: Bruttostundenlohn von zwei Dritteln des Medians oder mehr; Ursprungsdaten: OECD

Gescheiter Nachwuchs

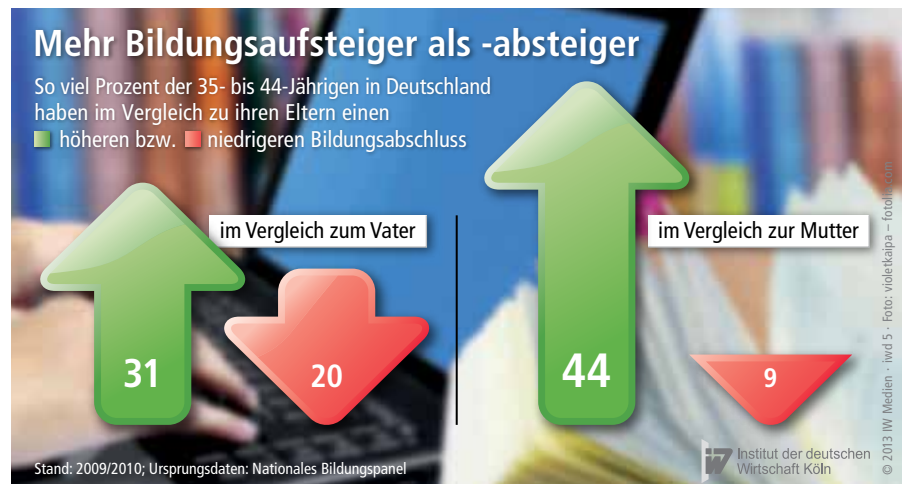
Bildung. In der Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen gibt es mehr Bildungsaufsteiger als Bildungsabsteiger. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einer Studie zur Bildungsmobilität. 

„Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“ – das ist ein Herzenswunsch der meisten Eltern. Und zumindest in puncto Bildung geht dieser Wunsch auch oft in Erfüllung. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder ihre Eltern im Bildungsniveau überflügeln, ist heute recht hoch (Grafik):

Rund 31 Prozent der 35- bis 44-Jährigen in Deutschland haben eine höhere Qualifikation als ihr Vater. Einen höheren Bildungsabschluss als ihre Mutter erzielen sogar 44 Prozent.

Fast die Hälfte der Erwachsenen erreicht dasselbe Bildungsniveau wie die Eltern. Bildungsabsteiger, also Männer und Frauen, die einen niedrigeren Abschluss als ihre Elternteile aufweisen, sind dagegen in der Minderheit: Unterhalb des väterlichen Niveaus bleiben hierzulande knapp 20 Prozent, unterhalb des mütterlichen sogar nur 9 Prozent der Bevölkerung.

Bildungssprünge über mehrere Stufen innerhalb zweier Generationen sind dabei eher ungewöhnlich. So beendeten im Durchschnitt nur 7 Prozent der 35- bis 44-Jährigen mit Vätern ohne Berufsabschluss erfolgreich ein Hochschulstudium. Und nur etwas mehr als 1 Prozent der Kinder, deren Väter Akademiker sind, hat keinen berufsqualifizierenden Abschluss.



Damit widerlegt die IW-Studie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie andere Institutionen, die für die Bildungsmobilität in Deutschland ein sehr pessimistisches Bild zeichnen. So stellte die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2012“ im vergangenen Herbst fest, die Bundesrepublik produziere über die Generationen hinweg mehr Bildungsabsteiger als -aufsteiger. Dieses Ergebnis ist vor allem darauf zurückzuführen, dass als Referenz für die Bildungskarrieren der Kinder nur das höchste Bildungsniveau der Eltern berücksichtigt wird:

Laut OECD liegt ein Bildungsabstieg bereits dann vor, wenn von zwei Kindern eines Paares, von dem einer einen beruflichen und der andere einen akademischen Abschluss hat, eines der Kinder eine Lehre macht.

Dass in Deutschland die Bildungsaufsteiger überwiegen, ist eigentlich naheliegend: Heute erreicht rund die Hälfte eines Altersjahrgangs die Hochschulreife – 1980 waren es gerade mal 22 Prozent.

Aufgrund dieser rasanten Bildungsexpansion wird es auch in Zu-

kunft mehr Bildungsaufsteiger als -absteiger geben. Das liegt vor allem daran, dass sich die Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche in Deutschland in den vergangenen Jahren stark verbessert haben: Heutzutage besuchen fast alle Vorschulkinder einen Kindergarten und immer mehr erhalten darüber hinaus eine frühkindliche Förderung.

Geld spielt übrigens beim Thema Bildung so gut wie keine Rolle. Ob jemand ein Gymnasium besucht, hängt nur in sehr wenigen Fällen vom Haushaltseinkommen ab. Einen signifikanten Einfluss auf die Schulpflicht haben dagegen die Haushaltsgröße, die beruflichen Positionen der Eltern sowie deren Zukunftsorientierung. Mit anderen Worten: Ob es der Nachwuchs einmal besser haben wird, hängt auch vom elterlichen Vorbild ab.



aus IW-Trends
1/2013

Mira Fischer, Wido Geis: Bestimmungsgrößen der Bildungsmobilität in Deutschland

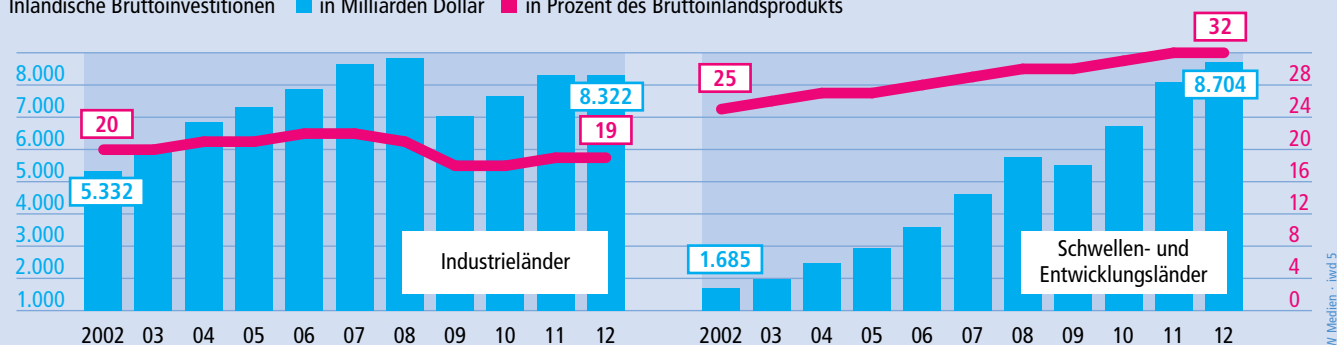
www.iwkoeln.de/trends

Asien investiert sich an die Weltspitze

© Foto: Julien Eichinger - Fotolia.com

Die Welt investiert

Inländische Bruttoinvestitionen ■ in Milliarden Dollar ■ in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Ursprungsdaten: Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwvd 5

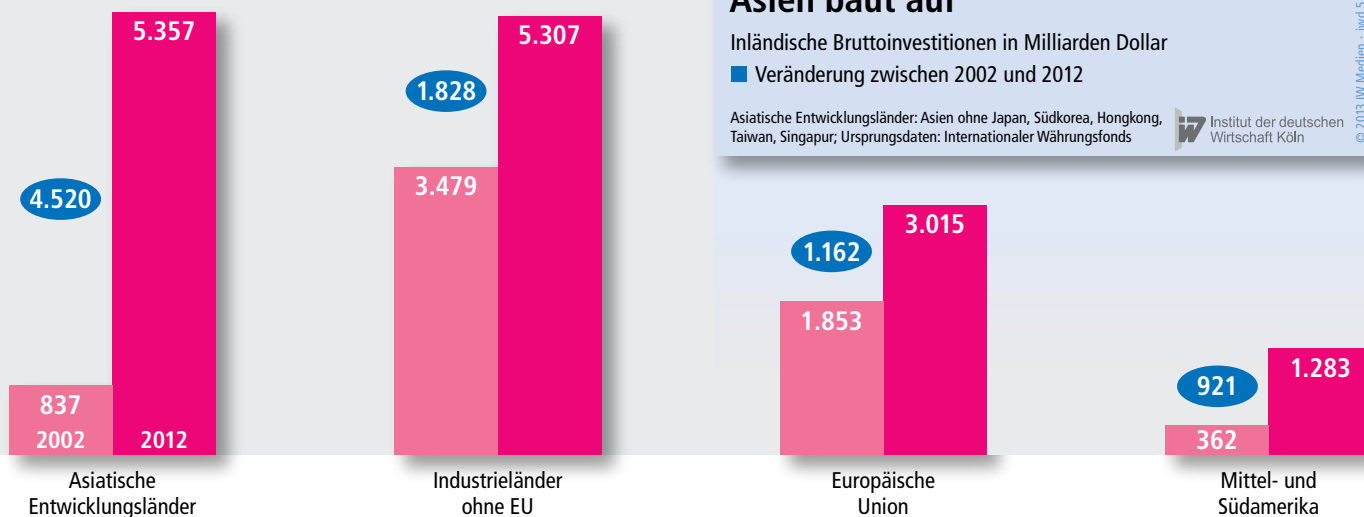
Asien baut auf

Inländische Bruttoinvestitionen in Milliarden Dollar
■ Veränderung zwischen 2002 und 2012

Asiatische Entwicklungsländer: Asien ohne Japan, Südkorea, Hongkong, Taiwan, Singapur; Ursprungsdaten: Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwvd 5

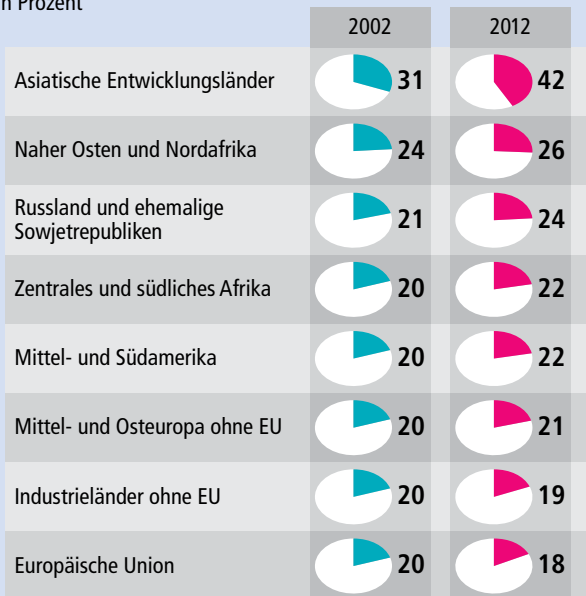


Der Staat kümmert sich um neue Straßen und Eisenbahnlinien, die Unternehmen um moderne Produktionsanlagen und Bürogebäude. Fasst man all diese Investitionsgüter zusammen, wurden im vergangenen Jahr weltweit gut 17 Billionen Dollar investiert, gut 10 Billionen Dollar mehr als zehn Jahre zuvor. Seitdem haben sich auch die geografischen Schwerpunkte gewaltig verschoben. Entfielen im Jahr 2002 noch drei Viertel der weltweiten Investitionen auf die Industrieländer, hatten im vergangenen Jahr erstmals die Schwellen- und Entwicklungsländer die Nase vorn. Besonders stark zulegen konnten die aufstrebenden

asiatischen Volkswirtschaften einschließlich Chinas. In dieser Region wurden 2012 fast 5.400 Milliarden Dollar investiert, gut sechsmal so viel wie zehn Jahre zuvor und – gemessen an der Wirtschaftsleistung – so viel wie nirgendwo sonst auf der Welt, nämlich 42 Prozent. Zudem profitiert Asien auch am meisten vom globalen Unternehmenskapital: Allein im Jahr 2011 investierten ausländische Firmen 425 Milliarden Dollar in die asiatischen Newcomer, um dort zum Beispiel neue Produktionsstandorte zu errichten oder sich an heimischen Betrieben zu beteiligen.

Entwicklungsländer legen sich ins Zeug

Anteil der inländischen Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Asiatische Entwicklungsländer: Asien ohne Japan, Südkorea, Hongkong, Taiwan, Singapur
 Ursprungsdaten: Internationaler Währungsfonds

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · Iwvd 5

Grenzüberschreitende Investitionen der Unternehmen

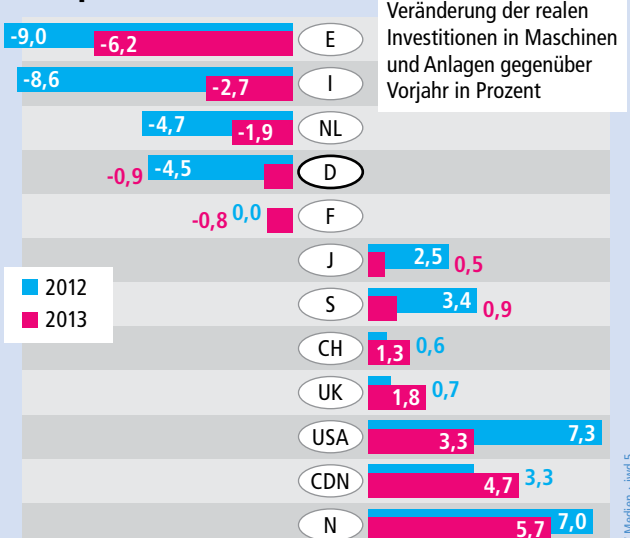
Zuflüsse in Milliarden Dollar	2002	2011
Asiatische Entwicklungsländer	100	425
Europäische Union	312	421
Industrieländer ohne EU	131	327
Mittel- und Südamerika	58	217
Osteuropäische Transformationsländer ohne EU	11	92
Afrika	15	43

Asiatische Entwicklungsländer: ohne Japan, Südkorea, Hongkong, Taiwan, Singapur; Osteuropäische Transformationsländer: Russland, ehemalige Sowjetrepubliken und Balkanstaaten
 Ursprungsdaten: UNCTAD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · Iwvd 5

Perspektiven 2013

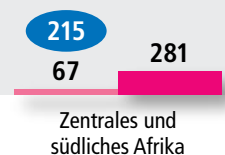
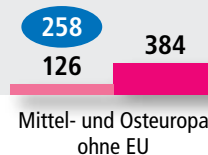
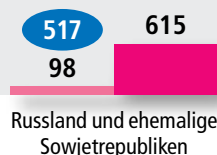
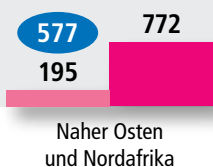


Veränderung der realen Investitionen in Maschinen und Anlagen gegenüber Vorjahr in Prozent

2012: größtenteils vorläufige Daten, 2013: Prognose; Stand: Januar 2013; Länderauswahl; Quelle: Consensus Forecasts

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · Iwvd 5



Die große Flut

Notenbanken. Seit der Finanzkrise im Jahr 2007 hängt die Weltkonjunktur am Tropf der Zentralbanken. EZB, Fed und Co. überfluten die Märkte förmlich mit Liquidität. Das birgt nicht nur die Gefahr ausufernder Inflationsraten, sondern bringt die Weltwirtschaft auch in bedrohliche Abhängigkeit von billigem Geld.

Weil die weltweite Finanzkrise unmittelbar in eine Wirtschaftskrise überging und in Europa zudem in eine Schuldenkrise mündete, strapazierten die großen Notenbanken ihr wichtigstes geldpolitisches Instrument (Kasten) so stark wie nie zuvor: Sowohl die US-Notenbank, die Fed, als auch ihr europäisches Pendant, die EZB, senkten ihre Leitzinsen auf nahe null Prozent. Weil weniger kaum geht, auf jeden Fall aber keine Wirkung mehr hätte, sind die Notenbanken inzwischen auf eine eher umstrittene Alternative umgestiegen: Beim sogenannten Quantitative Easing wird die Geldmenge dadurch ausgeweitet, dass die Notenbanken in großem Stil Staatspapiere, Unternehmensanleihen und Aktien kaufen. Ein Überblick über die – fast

verzweifelten – Aktionen der Notenbanken in den vergangenen Jahren:

Europäische Zentralbank (EZB). Die entscheidenden Worte fielen am 6. September 2012. „Der Euro ist unumkehrbar“, sagte EZB-Präsident Mario Draghi und kündigte an, die EZB werde den krisengeschüttelten Eurostaaten helfen, indem sie erneut bereitsteht, deren Staatsanleihen aufzukaufen – dieses Mal aber „unbegrenzt“.

Ebenfalls „unbegrenzt“ war zur Jahreswende 2011/2012 das Angebot der Europäischen Zentralbank, die Geschäftsbanken mit dreijährigen Krediten zu versorgen und dafür kaum Zinsen zu verlangen – ein Schnäppchen, das die Banken im Umfang von 1 Billion Euro angenommen haben.

Noch wird diese Ausdehnung der Geldmenge zwar dadurch kompensiert, dass sich die Banken im Euroraum mit der eigenen Kreditvergabe sehr zurückhalten, sodass die Inflationsgefahren bislang gering sind. Gleichwohl hat die EZB ihre Bilanzsumme mit dieser Strategie auf ein nie dagewesenes Niveau hochgeschraubt – und entsprechend groß ist die Fallhöhe (Grafik):

Die Bilanzsumme der EZB ist seit 2007 um mehr als die Hälfte gestiegen und beträgt derzeit mehr als 3 Billionen Euro – das entspricht rund 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Euroländer.

Federal Reserve System (Fed). In den USA steht der Leitzins seit 2009 bei 0,25 Prozent. Im selben Jahr stützte die Fed die heimische Wirtschaft mit dem Kauf von Anleihen für mehr als 1 Billion Dollar, 2010 kamen noch einmal 600 Milliarden Dollar hinzu. Im Jahr 2011 folgte die „Operation Twist“, bei der die amerikanische Notenbank Staatsanlei-

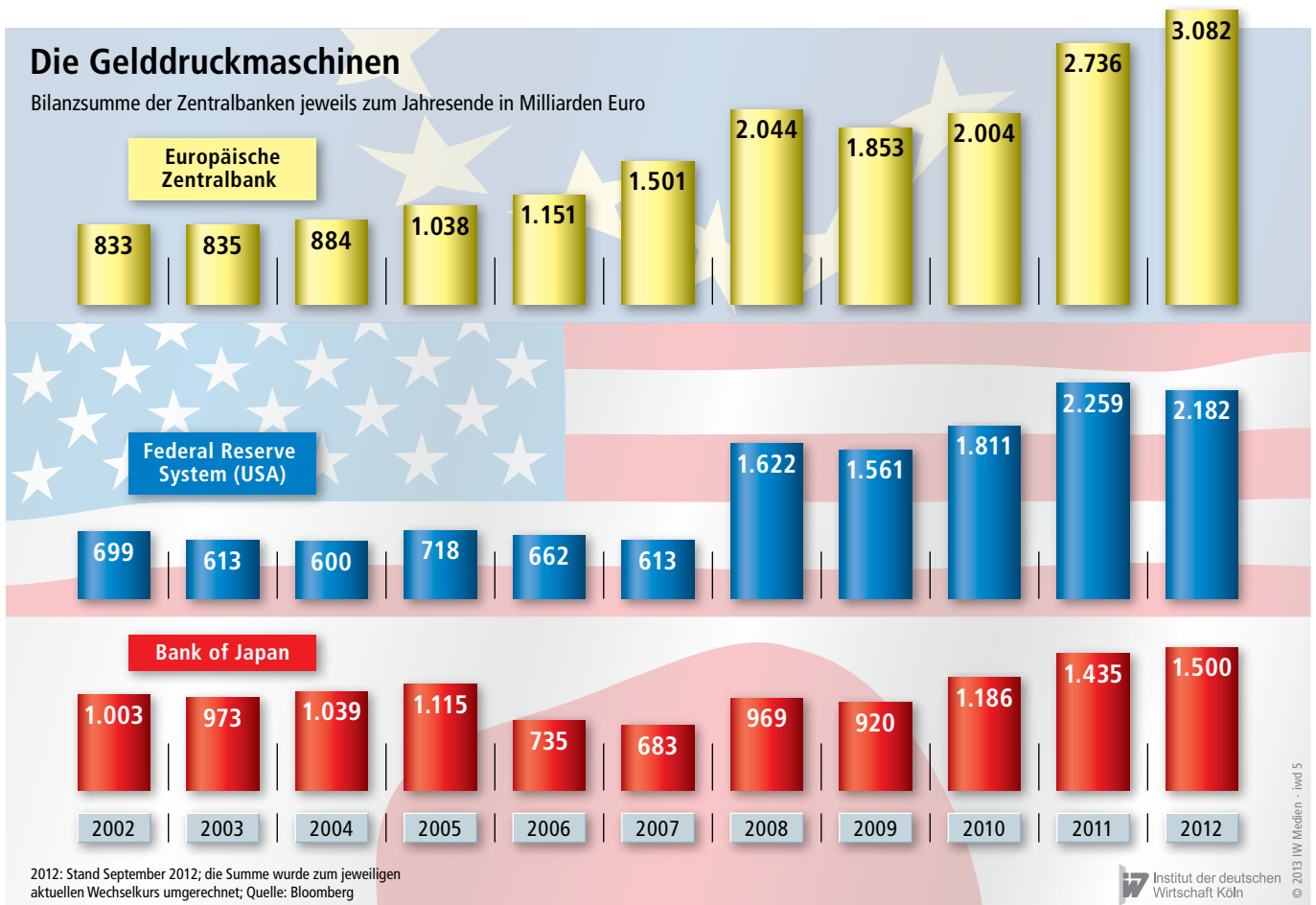
Was Zentralbanken tun

Eine Zentralbank ist die geld- und währungspolitische Institution in einem Staat oder – wie die Europäische Zentralbank – in einem Währungsraum. Weil Zentralbanken das Recht haben, Banknoten herauszugeben, werden sie auch Notenbanken genannt. Zu den wichtigsten Aufgaben einer Zentralbank gehört es, den Zahlungsverkehr einer Volkswirtschaft sicherzustellen sowie die Geschäftsbanken zu finanzieren – und dabei das Preisniveau und den Wert des Geldes stabil zu halten. In den USA verfolgt die Zentralbank auch wirtschaftspolitische Ziele. Das wichtigste Instrumentarium einer Notenbank ist die Steuerung der Zinshöhe und der Geldmenge. Der wohl größte Unterschied zwischen den einzelnen Zentralbanken ist der Grad ihrer politischen Abhängigkeit.

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve System	Bank of Japan
Geldpolitische Ziele	→ Preisstabilität	→ Hoher Beschäftigungsstand → Preisstabilität → Moderate langfristige Zinsen	→ Preisstabilität → Stabilität des Finanzsystems
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> ✗ Geldpolitik der Europäischen Union festlegen und durchführen ✗ Devisengeschäfte durchführen ✗ Währungsreserven der Mitgliedsstaaten verwalten ✗ Reibungsloses Funktionieren der Zahlungssysteme fördern ✗ Ausgabe von Banknoten ✗ Genehmigung der Volumen für die Ausgabe von Euromünzen in den Mitgliedsstaaten 	<ul style="list-style-type: none"> ✗ Bankwesen überwachen und regulieren ✗ Geldpolitik der USA umsetzen ✗ Zahlungssystem aufrechterhalten ✗ Geldmenge überwachen 	<ul style="list-style-type: none"> ✗ Notenausgabe ✗ Kontrolle der Geldmenge ✗ Geldpolitik umsetzen ✗ Geschäftsbanken refinanzieren ✗ Kauf und Verkauf von Staatsanleihen ✗ Kreditgewährung an Regierung ✗ Technische Unterstützung des Bankensektors

Die Gelddruckmaschinen

Bilanzsumme der Zentralbanken jeweils zum Jahresende in Milliarden Euro



hen im Wert von 400 Milliarden Dollar erwarb. Im vergangenen Jahr wurde dann beschlossen, für 45 Milliarden Dollar Staatsanleihen und für 40 Milliarden Dollar hypotheckenbesicherte Anleihen aufzukaufen – und zwar jeden Monat.

Die amerikanische Notenbank hat mittlerweile rund 15 Prozent der Staatsschulden der USA in ihren Büchern stehen. Zum Vergleich: In Japan sind es 11 Prozent und in Europa 7 Prozent.

Bank of Japan. Zinssenkungen sind für die japanische Notenbank bereits lange ein stumpfes Schwert, denn in Japan liegt der Leitzins schon seit mehr als einem Jahrzehnt unter 1 Prozent. Da Japan praktisch seit 20 Jahren in der Krise steckt und unter einer Deflation leidet, will der neue Premier Shinzo Abe die japanische Notenbank zwingen, japanische Staatsanleihen zu kaufen –

damit die Inflation endlich wieder auf 2 Prozent steigt und so die Lähmung der Wirtschaft durch sinkende Preise beendet.

Im September 2012 hatte die japanische Zentralbank bereits zum dritten Mal innerhalb von nur vier Monaten den Geldhahn aufgedreht und ihr milliardenschweres Anleihen-Kaufprogramm zur Stützung der Wirtschaft um weitere 10 Billionen Yen erhöht – auf 101 Billionen Yen, das sind umgerechnet mehr als 900 Milliarden Euro.

Schafft Japan mit diesen drastischen Maßnahmen die Kehrtwende nicht, droht der Welt die größte Schuldenkrise der Geschichte. Denn mit einer Staatsverschuldung von rund 245 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steckt Japan so tief in den Miesen wie kaum ein anderes Land.

Die gewaltigen Liquiditätsspritzen in den Industrieländern bergen

zumindest mittelfristig erhebliche Risiken. Weil das Geld irgendwo hinmuss, drohen gefährliche Spekulationsblasen auf den Aktien- und Rohstoffmärkten. Zudem binden sich die Zentralbanken durch den Kauf von Staatsanleihen immer mehr an die Politik und setzen ihre Unabhängigkeit aufs Spiel.

Nicht minder bedrohlich ist die Gefahr eines „Währungskriegs“. Denn die stetige Zunahme von billigem Zentralbankgeld verringert in den jeweiligen Volkswirtschaften den Wert der heimischen Währung – das wiederum verbessert zwar die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft, kann aber auch einen ruinösen Unterbietungswettbewerb der Zentralbanken in Gang setzen. Die Notenbanker sind deshalb gut beraten, sich zu überlegen, wie sie die gewaltigen Geldmengen über kurz oder lang von den Märkten nehmen.

Die Lösung ist schon da

Einkommenssteuer. Die FDP möchte die Steuerklasse V abschaffen, um den monatlichen Abzug bei der Besteuerung von Ehegatten nicht zu hoch ausfallen zu lassen. Allerdings gibt es mit dem Faktorverfahren bereits jetzt einen Weg, die möglichen Nachteile dieser Steuerklasse zu vermeiden.

Die Freien Demokraten argumentieren vor allem psychologisch – gerade verheiratete Frauen würden durch den hohen monatlichen Lohnsteuerabzug in der Steuerklasse V demotiviert, einen Job anzunehmen. Um steuerliche Alternativen beurteilen zu können, muss man wissen: Bei der Zusammenveranlagung von Ehepartnern ergibt sich die Steuerbelastung letztlich aus dem gemeinsamen Jahreseinkommen – unabhängig von der gewählten Steuerklasse.

Auf dem Weg dorthin, also bei den monatlichen Abzügen, sind die Unterschiede allerdings groß. Wählen Ehepartner die Steuerklassen-

Einkommenssteuer: Die Vorteile des Faktorverfahrens

Beim Faktorverfahren wählen Ehegatten die Steuerklasse IV/IV, lassen aber bereits beim monatlichen Abzug das Ehegattensplitting berücksichtigen. Dann entsprechen die Lohnsteuerabzüge insgesamt genau dem, was das Finanzamt bei der jährlichen Einkommenssteuerveranlagung ansetzt. Ohne Faktorverfahren müsste das Ehepaar in der Steuerklasse IV/IV auf die Erstattung der zu viel gezahlten Lohnsteuer warten, in der Steuerklasse III/V müsste es dagegen Steuern nachzahlen.

in Euro pro Monat	Bruttoeinkommen	Vorausgezahlte Lohnsteuer		
		Steuerklasse III/V	Steuerklasse IV/IV	Steuerklasse IV/IV mit Faktorverfahren
Ehegatte A	3.000	246	483	469
Ehegatte B	1.700	354	154	149
Zusammen	4.700	600	636	618
		Veranlagte Lohnsteuer		
pro Jahr	56.400	7.418	7.418	7.418

Quelle: Bundesfinanzministerium

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Kombination III/V, ist zwar der monatliche Lohnsteuerabzug eher gering – dafür muss das Paar am Jahresende aber eventuell sogar Steuern nachzahlen. Für den Partner mit dem kleineren Verdienst – meist ist das die Frau – fällt der Abzug zudem sehr hoch aus. Ein Beispiel (Grafik):

Bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1.700 Euro zahlt der geringer verdienende Ehepartner in der Klasse V 354 Euro Lohnsteuer, in der Klasse IV dagegen nur 154 Euro.

Ein weiteres Problem der Klasse III/V tritt auf, wenn es um Leistungen wie Arbeitslosen- oder Elterngeld geht. Denn deren Höhe richtet sich nach dem vorherigen Nettoeinkommen – das aufgrund des Steuerabzugs in der Klasse V eben wesentlich niedriger ist als in Klasse IV.

Doch auch die Veranlagung nach Klasse IV/IV ist für das Ehepaar auf den ersten Blick nicht besonders

attraktiv: Hier fallen monatlich deutlich mehr Steuern an – die Ehegatten gewähren dem Finanzamt quasi ein zinsloses Darlehen und erhalten die zu viel gezahlte Steuer erst mit dem Jahresausgleich zurück. Seit 2010 gibt es aber eine Möglichkeit, diese Wartezeit zu vermeiden:

In der Steuerklasse IV können beide Partner schon beim Lohnsteuerabzug das Ehegattensplitting berücksichtigen lassen – durch das sogenannte Faktorverfahren.

Dabei wird aufgrund des zu erwartenden gemeinsamen Einkommens der steuermindernde Effekt des Splittingverfahrens auf die jeweiligen Verdienste der Ehepartner verteilt. Sofern sich ihre Einkommen nicht verändern, stehen dann am Jahresende weder eine Nachzahlung noch eine Steuererstattung an.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.